

**Rede anlässlich der Beschlussfassung über den Haushalt 2013  
im Rat der Stadt Herten – 27. November 2012**

*Martina Ruhardt, Fraktionsvorsitzende*

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Wissen Sie, wenn ich Ihrer Spar-Debatte so folge, dann erinnert mich das an die Geschichte vom Bauern, der seinem Nachbarn erzählte, dass er seiner Ziege das Fressen abgewöhnen wollte. „Und“, fragte ihn der Nachbar. „Wie hat’s geklappt?“ – „Ach“, sagte der Bauer, „Erst ganz gut! Ich hab ihr jeden Tag etwas weniger zu fressen gegeben, aber genau als sie es geschafft hat, ist das dumme Vieh gestorben.“

Kindergärten, Schulen, gute Nahversorgungszentren - die kommunale Infrastruktur ganz allgemein, die Sie gerade abholzen, entscheidet doch ganz wesentlich darüber, ob sich die Bürgerinnen und Bürger vor Ort wohlfühlen oder nicht. Und offensichtlich wird unsere ehemalige „Wohn- und Wohlfühlstadt“ mehr und mehr unattraktiv für viele Menschen. Denn die Einwohnerzahl schrumpft dramatisch– und zwar schneller als im kreisweiten Vergleich! Schon in zirka zwei Jahren werden wir in Herten weniger als 60.000 Einwohner haben! Wir verlieren jährlich 500 Menschen. Das kann man nicht allein mit dem demografischen Faktor erklären!

Hohe Gebühren und Abgaben, wenig attraktive Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie eine marode Innenstadt, bei der man nicht weiß, ob man sich mehr vor der Gegenwart oder der Zukunft fürchten soll - das macht den Menschen die Entscheidung leicht, hier wegzuziehen!

Wann wollen Sie damit beginnen, Konzepte zu entwickeln, die eine immer älter werdende Gesellschaft sowie die rasant ansteigende Altersarmut berücksichtigen? – Die Zahlen sind doch alle längst bekannt! – Wo sind denn Ihre Antworten?

Aber neben den Konzepten, die dringend vor Ort erarbeitet werden müssen, muss auch die kommunale Selbstverwaltung im föderalen System von Bund, Ländern und Kommunen gestärkt werden. Denn das heutige einseitige Ausrichten der Kommunalpolitik je nach Verfügbarkeit von Fördermitteln engt doch jeglichen Gestaltungsspielraum der Städte ein.

Nach wie vor gibt es kein striktes Konnexitätsprinzip im Grundgesetz. Und keine verbindliche Beteiligung der Kommunen an der Abschätzung der Folgen und der Kosten von Gesetzen, die auf Bundes- oder Landesebene erlassen werden.

Allein im Bund gab es zwischen 1998 und 2008 über 60 steuerpolitische Entscheidungen zu Lasten der Kommunen. Dafür verantwortlich sind SPD, Grüne, CDU und FDP, die hunderte Milliarden für die Banken mobilisieren, aber die Kommunen im Regen stehen lassen.

**Das sind Ihre Abgeordneten, die diese Entscheidungen getroffen haben!**

**Handlungsfähige Kommunen brauchen endlich eine tragfähige finanzielle Grundlage. Das Geld muss dorthin, wo öffentliche Aufgaben erledigt werden und wo die Menschen leben.**

**Aber was erleben wir nun gerade im Zuge des so genannten Stärkungspaktes Stadtfinanzen?** Leistungen werden weiter gekürzt, Gebühren und Steuern werden erhöht und der Kahlschlag im Bereich öffentlicher Beschäftigung setzt sich fort. Schauen wir uns doch mal an, was Sie, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, als „Stärkung“ bezeichnen:

**Fangen wir zunächst mit dem Stellenplan an:**

Schon heute gelangen die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst an ihre körperlichen und psychischen Grenzen - und das bei einer relativ bescheidenen Vergütung. Zukünftig sind durch die zunehmende Leistungsverdichtung und ein immer komplexer werdendes Regelwerk weitere Fehlentscheidungen zwangsläufig zu befürchten - so wie wir es jüngst im Bereich des Vergabeverfahrens zum Stadtumbauprojekt Süd erleben mussten:

**Über 800.000 Euro wurden dabei in den Sand gesetzt!**

DIE LINKE spricht sich deshalb **ausdrücklich** gegen einen weiteren Personalabbau aus! Denn es ist nicht möglich, permanent zentrale Stellen innerhalb der Verwaltung zu streichen oder nur unbesetzt zu lassen – **ohne** die anfallenden Aufgaben zu reduzieren.

Wer beim Personal kürzt, meine Damen und Herren, der muss auch klar sagen, welche Leistungen die Stadt zukünftig für ihre Bürgerinnen und Bürger **nicht** mehr erbringen will! Es ist doch ein Irrglaube, zu meinen, dass der Haushalt durch einen drastischen Stellenabbau gerettet werden kann.

Im Gegenteil: Durch diese Maßnahme wird die Leistungsfähigkeit der gesamten Kommune beschädigt, weil es zu einem Abbau bürgernaher Dienstleistungen kommt: Etwa bei der Bearbeitung von Baugenehmigungen oder Wohngeldanträgen oder es erfolgt eine weitere

Ausdünnung des Bürgerservice. Statt eines weiteren Personalabbaus fordern wir ein zukunftsorientiertes Personalkonzept. Deshalb schließen wir uns den Forderungen des Personalrates an und erwarten ebenfalls konkrete Antworten darauf, welche Anforderungen an Qualität, Quantität und Bearbeitungszeit zurzeit gestellt werden. Und in welchem Umfang kann diese Qualität noch reduziert werden, ohne überhaupt die Rechtssicherheit zu verlieren?

Bereits heute können wichtige Aufgaben gerade in **sensiblen** Bereichen wie dem Kinderschutz und den Kitas kaum noch so wahrgenommen werden, wie es sich die Mitarbeiter wünschen würden. Wir erinnern uns noch gut an die Schwierigkeiten im Kiko Langenbochum und wir verfolgen gespannt, wie es mit dem Ausbau der U3-Betreuung weitergeht. Denn zur **Qualität** stehen Ihre Antworten noch aus!

Und wir haben auch nicht vergessen, dass in dieser Stadt mal eben **26.000 Euro** von SPD und CDU locker gemacht wurden, um an einem prestigeträchtigen Bertelsmannprojekt Anfang 2012 teilnehmen zu können. Sie hatten **keinerlei** Scheu, dieses Geld aus dem ohnehin nicht ausreichenden Budget der Hilfen zur Erziehung zu entnehmen, das zur Unterstützung der Allerschwächsten in unserer Stadt da ist. Das ist ein Skandal!

Ein anderes Beispiel ist die Jobcenter-Reform. Die LINKE war die **einzig**e Fraktion, die sich gegen die Einführung der Optionskommune aussprach. Und wir müssen heute feststellen, es ist schlimmer als erwartet! Man muss es sich vorstellen: Auch nach **11 Monaten** Optionskommune gibt es immer noch keine ausreichende Stellenbesetzung und –bewertung, kein ausreichendes **Sicherheitskonzept** und eine immer noch ausstehende Klärung der Verantwortlichkeiten zwischen Kreis und Stadt. Aber warum ist der Kreis zur Optionskommune geworden? Es ging doch darum, mehr Langzeitarbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, weil die Kommune den Anspruch hatte, dies wegen der örtlichen Kenntnisse besser zu können als die Bundesagentur für Arbeit. Und was haben wir erreicht? In unserer Stadt **stieg** die Zahl der Langzeitarbeitslosen auf nun 1.561 Menschen an!

**Kommen wir nun zur zweiten wichtigen Säule Ihres so genannten „Sanierungsplans“:** Der Erhöhung von Steuern, Abgaben und Gebühren!

Und an diesen Maßnahmen wird das ganze Dilemma, in dem Sie stecken, für jeden deutlich: Denn die Wahrheit ist immer konkret: Niemand will auf einmal die politische Verantwortung für eine flächendeckende Einführung von Parkgebühren tragen. Allen ist klar: Der Schuss kann nach hinten losgehen! Bereits jetzt hat es die Kaufmannschaft gerade in unserer Stadt bei einer schwindenden Kaufkraft nicht leicht. Und bald sind auch die letzten Plätze, die eine Innenstadt attraktiv machen könnten, verschwunden: Das Kino und die Bowlingbahn! Auch

**ohne** Parkgebühren zieht es die Menschen kaum noch in unsere Innenstadt. – Und was sollen sie denn auch dort?

Aber auch in den Stadtteilen wird es immer schwieriger für die Kaufleute. Und man darf dankbar sein, dass es immer noch Unternehmer gibt, die sich mit hohem Engagement und viel Kreativität **für** den Erhalt und Ausbau ihres Umfeldes einsetzen.

Dann doch lieber statt der Parkgebühren eine weitere Steuererhöhung? Der Betrag, der durchschnittlich für jeden Haushalt bei einer weiteren Anhebung des Grundsteuerhebesatzes anfällt, klingt zunächst nicht bedrohlich. Allerdings wäre dies schon die zweite Erhöhung dieser Art in einem Jahr! Und bei den strengen Auflagen der Bezirksregierung im Rahmen des Stärkungspaktes braucht man noch einen Puffer, der zukünftige Risiken abfedern kann! Machen wir uns nichts vor: Auch in unserer Stadt sind diese ersten Erhöhungen nur der **Einstieg** in eine Grundsteueranhebung, deren Ende noch nicht absehbar ist. Noch gelten 825 % in den klammen Kommunen des Kreises als Schmerzgrenze! – Aber wer garantiert, dass diese Zahl nicht schon bald Schall und Rauch ist, wenn nur **eine** der vielen risikobehafteten Positionen im HSP real wird: Höhere Zinsen, ein weiteres Absinken der Gewerbesteuereinnahmen ...? – Wir können davon ausgehen, dass das von der Bezirksregierung verlangte „konsequente Nachsteuern“ in diesen Fällen sicherlich am einfachsten durch dieses Instrument vollzogen werden kann!

Und irgendwann sind es eben nicht mehr nur 15 oder 20 Euro jährlich für eine Familie mit Haus. Es ist eine schleichende, aber **permanente** Erhöhung!

### **Die dritte wesentliche Säule des HSP besteht aus der Immobilienwirtschaft.**

Ohne eine halbwegs gesicherte Datenerhebung und erst recht ohne eine erkennbare immobilienwirtschaftliche Strategie werden in dieser Stadt die Weichen gestellt – und dies immer wieder unter einem permanenten Zeitdruck, der offensichtlich **dazu** führen soll, dass wenig Zeit für eine gründliche Überprüfung der Nachteile für das Gemeinwesen bleibt.

Aber irgendwann müssen alle Rechnungen beglichen werden. Das gilt auch für Immobilien, die zur Bewirtschaftung an Dritte abgetreten werden wie zum Beispiel dem Bürgerhaus Süd oder der Zeche Scherlebeck. Zunächst wird die eigene Fortführung dieser Immobilien als Minusgeschäft dargestellt. Allerdings wird in der langfristigen Betrachtung dieses Immobiliendeals klar, dass mehr und mehr der öffentlichen Daseinsvorsorge der öffentliche Grund und Boden entzogen wird.

Statt kommunale Liegenschaften effektiv zu nutzen, findet ein rasanter Ausverkauf statt, der häufig mit einer teuren Einmietung bei Privatinvestoren endet.

Wir werden uns in diesem Zusammenhang sicherlich schon bald mit der Unterbringung des Jobcenters Herten beschäftigen müssen.

Der Niedergang der öffentlichen Infrastruktur kann am Ende auch teuer werden, wenn notwendige Investitionen in öffentliche Einrichtungen ausbleiben.

Das müssen Sie den Menschen in dieser Stadt erst einmal erklären, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion: Dass für Jugendzentren wie dem Süd-Kap, dem Gustav-Hackenberg Haus und dem IGBCE- Jugendheim kein Geld da ist und sie nach und nach so verkommen, dass am Ende der Abriss steht. Und auf der anderen Seite für ein zweifelhaftes Prestigeobjekt wie dem Tourismusbüro auf Ewald das Geld mit vollen Händen ausgegeben wird! Geld, das für den Erhalt sozialer Einrichtungen angeblich fehlt!

Deshalb kommen wir zu dem Ergebnis: Der vorliegende Haushalt ist unsozial, unausgewogen und unverantwortlich, wenn wir uns nicht dem Konzern, sondern den Menschen dieser Stadt verpflichtet fühlen!

Denn zum Schluss ist festzuhalten: Die Zeche für alle Maßnahmen zahlt **nicht** der „Konzern Herten“ – sondern immer die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt!